Bezugsgebühr: Vierteljährlich 1 Mk. 20 Pfg.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in guter Zeitlangenden Abends und Morgens gegeben.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif. Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Annahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Titelseite Zeile 50 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg. Im Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bis, 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

21 Am See. | **Cotillon.** | Am See 21.
Knallbonbons. • Attrappen. • Luxuscartonnagen.
Oscar Fischer.

H. Grossmann
Nähmaschinen.
Verkauf in Dresden: Chemnitzerstrasse 28, Waisenhausstrasse 5, Reisewitzerstrasse 41 (Eing. Striesenerstr.), in Löbtau: Schulstrasse 13 und bei Herrn Max Baumann, Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

„APENTA"
Das Beste Ofener Bitterwasser.

R. Beyer, Papier-Gross-Handlung.
Dresden-A. Am See 16 I.
Reichstes Lager aller Arten Papiere, Pappen etc. für billigen Bedarf.
Alle Anfertigungen musterganz prompt und billigst! Um Einholung von Offerten und Kalkulationen wird gebeten.
Billigste Preise. — Tadellose und schnellste Lieferung.

Tuchwaaren. Lager hochfeiner deutscher u. englisch. eleganter Anzug-, Hosen- u. Palatotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. **Hermann Pörschel,** Scheffelstrasse 19.

Nr. 48. Spiegel: Oesterreich und Ungarn. Hofnachrichten, Landtag. Schmiede-Innungs-Verband, Schulverein, Trebertrocknungsprozeß. Henry Vieron †, Prill-Heuer-Stiftung. | Muthmaßl. Witterung: Trübe und wärmer. | **Dienstag, 18. Februar 1902.**

Für den Monat März
abonniren die Leser in
Dresden und dessen Vororten
Blasewitz, Plauen, Löbtau
bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstr. 38 und den allerwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von
90 Pfennigen.
Bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu 1 Mark, in Oesterreich-Ungarn zu 1 Krone 48 Hellern angenommen.
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Die Triester Vorgänge und die Lage in Oesterreich.

Ueber Triest lagert die dumpfe Ruhe, die schwüle Atmosphäre, wie sie sich einzustellen pflegt, wenn die Gewehre ihre furchtbare Sprache geredet haben. Das Geheul der im Aufruhr tobenden Massen ist verstummt, die Todten sind bereits in den barmherzigen Schooß der Erde gebettet, die Verwundeten liegen in Fieber und Schmerzen auf dem Krankenlager und fluchen vielleicht den Hetzern, die ihnen zu zerschossenen Knochen und zerfleischten Gliedern verholfen haben. Der ruhige Bürger aber betrachtet in den Straßen die zurückgebliebenen Spuren des Aufstandes voll Grauen und doch auch wieder mit einem Gefühle der Erleichterung; gewährt ihm doch das Klirren der Waffen, der taktmäßige schwere Schritt der militärischen Patrouillen die Sicherheit, daß die staatliche Ordnung auf ihrer Hut ist und alle Mittel zur rechtzeitigen Unterdrückung von etwaigen Wiederholungen der gewaltthätigen Scenen rücksichtslos anwenden wird.

Es ist eine scharfe eindringliche Lehre, die da allen revolutionären Störenfrieden auf dem blutigen Triester Pflaster ertheilt worden ist und die darin gipfelt, daß eine Handvoll geschulter pflichttreuer Soldaten viele Tausende aufrührerischer Rotten zu Paaren zu treiben vermag. Man sollte meinen, das so statuirte Exempel müßte eine nachhaltige Wirkung üben, nicht blos in Oesterreich, sondern weit über dessen Grenzen hinaus, wo immer sich Elemente finden, die auf eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung hinarbeiten. Das zielbewußte Einschreiten der Regierung hat sich übrigens nicht auf die Gewährung militärischer Hilfe zur nächsten unmittelbaren Niederwerfung des Aufstandes beschränkt, sondern ist auch auf vorbeugende Maßnahmen, Verkündung des Ausnahmezustands und des Standrechts, erstreckt worden. Die Verhängung des Ausnahmezustands hat die Aufhebung der Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger zur Folge und auf die Militärbehörden geben dadurch gewisse gesetzlich vorgesehene Ermächtigungen auf dem Gebiete des Vereinswesens und der Presse in Verbindung mit einer erweiterten Ausweisungsbefugniß über. Die Proklamirung des Standrechts stellt eine noch weitergehende Maßregel dar; sie unterwirft alle Aufrührer einer besonderen standrechtlichen Aburtheilung im summarischen Verfahren und wird nur in den äußersten Nothfällen vorgenommen. Gerade aus dem Umstande, daß die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, in Triest nicht blos den Ausnahmezustand, sondern auch das Standrecht zu verkünden, läßt sich ermessen, wie ernst und kritisch die Lage dort gewesen sein muß.

Nach den neuesten Meldungen scheint dank der Energie der Regierung der Höhepunkt der Krisis überwunden und die Arbeit allseitig wieder aufgenommen zu sein, nachdem, wie verlautet, das Schiedsgericht sich im Wesentlichen zu Gunsten der Forderungen der Ausständigen erklärt hat. Ueberhaupt bringt die öffentliche Meinung den Ausständigen, soweit sie wirklich nur auf Verbesserung ihrer wirthschaftlichen Lage ausgehen, unverkennbare Sympathien entgegen. Auch die Haltung der Arbeiterführer wird von den Behörden anerkannt und man hat sogar an amtlicher Stelle hier und da ihren Rathschlägen Gehör geschenkt, so bei der Gestattung der Anfangs verbotenen Versammlung im „Politeama". Selbst der Ministerpräsident Herr von Koerber hat im Abgeordnetenhause die eigentliche Arbeiterschaft als solche ausdrücklich dagegen verwahrt, daß sie als des Aufruhrs schuldig zu betrachten sei. Die wirklichen Anstifter der Ruhestörungen sind nach einer Andeutung des Ministerpräsidenten irredentistische Elemente, die den Mob, jenes abentheuerliche Gesindel, das sich in allen südlichen Hafenplätzen und nicht zum Wenigsten in Triest in Menge zusammenfindet, aufhetzten, um unter dem Deckmantel sozialer Motive ihre politischen Ziele zu fördern. Diese bestehen in der Befreiung aller von italienisch redender Bevölkerung bewohnten Gebietstheile außerhalb des Königreichs Italien von der Fremdherrschaft und ihrer Vereinigung mit Italien. Die Bewegung richtet sich auf die Erwerbung von Südtirol, Görz, Istrien, Triest, Kanton Tessin, Nizza, Korsika, Malta und Dalmatien. Der jüngst verstorbene italienische Radikale Imbriani war einer der Hauptvertreter dieser Richtung, die zwar in Italien selbst nur über eine kleine Minderheit verfügt, aber doch, wie die Triester Vorgänge beweisen, überall ihre Hand im Spiele hat, wo sie im Trüben glaubt fischen zu können. Dem sei wie immer, jedenfalls hat die Wiener Regierung gezeigt, daß sie nicht mit sich spaßen läßt, wo es die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Befolgung des obersten Grundsatzes eines starken Regiments gilt, daß die Masse sich unter keinen Umständen zum Herrn der Straße machen darf.

Wie tiefgreifend aber auch die augenblickliche Erregung über die Triester Ereignisse sein mag, darüber kann sich der weiterblickende Politiker doch nicht täuschen, daß sie nur eine Episode darstellen, über die der Strom des öffentlichen Lebens rasch wieder hinweg fließen wird. Noch viel lauter als der Lärm der Straße und das Knattern der Gewehre ist der Hader der Parteien und Nationalitäten, der aus dem Wiener Abgeordnetenhause herübertönt und zu dem sich auch noch von Ungarn her unharmonische Klänge gesellen, die allen auf den inneren Frieden des Landes bedachten Elementen einen wenig erfreulichen Ohrenschmaus bieten. Die Sorgen um die innere Entwickelung Oesterreich-Ungarns, die auf diesem Gebiete liegen, sind weitaus gefährlicher, weil sie dauernden Charakter haben, sich von einem Jahr in das andere hinüberschleppen und am Lebensmark des Staates zehren. Ab und zu erhellt wohl einmal ein kurzer Lichtblick die Lage, wenn man von deutsch-czechischen Verständigungs-Konferenzen und vom langsamen Fortschreiten der parlamentarischen Arbeiten hört. Wo aber soll die Hoffnung auf eine endgiltige Beilegung der nationalen Streitigkeiten hergenommen werden, wenn immer wieder und wieder im Parlament Scenen von so wüster Art vorkommen, daß sich jedem nur halbwegs wohlerzogenen Menschen förmlich die Haare dabei zu Berge sträuben und selbst dem allergemüthlichsten Wiener bei so ganz unerhörten Excessen etwas über die Leber läuft? Die Ablägung des Wiener Bürgermeisters Dr. Lueger, die jüngst im Abgeordnetenhause vollzogen wurde, war so ziemlich das Aergste, was das österreichische Parlament an wüsten Schimpfereien bis jetzt erlebt hat; selbst die wilden Obstruktionstage seiner Zeit, die ja immer im letzten Grunde einen idealen Anstrich hatten, können sich damit nicht in Vergleich stellen. Es ist ja wahr, Dr. Lueger erfreut sich auf keiner Seite großer Beliebtheit, und seine Wiener Kommunalregierung, in der er manche zweifellose Mißgriffe und Verfehlungen auf das Kerbholz bekommen hat, leidet als ausgesprochenes Parteiregiment an demselben Fehler, der den Sturz der liberalen Stadtverwaltung herbeiführte. Wenn man also im Parlament einmal mit Dr. Lueger abrechnen wollte, so war das menschlich wohl begreiflich und sachlich vielleicht in mancher Beziehung gerechtfertigt. Daß sich aber aus solchem Anlaß ein regelrechtes, heilloses, schauderhaftes Schimpfconcert, bei dem die letzte Spur von Gesittung und Anstand verloren ging, im Abgeordnetenhause entwickeln konnte, das ist denn doch ein recht betrübendes Zeichen für die allgemeinere Verwilderung der parlamentarischen Sitten des Landes und eröffnet eine wenig günstige Aussicht für die moralische Widerstandskraft der Abgeordneten, wenn es sich um die Lösung der großen Aufgaben handelt, die so außerordentlich viel Selbstüberwindung und Entsagungsfähigkeit, so viel Gemeinsinn und Opferwilligkeit für die großstaatlichen Gesammtinteressen von den Volksvertretern erfordern.

Auf demselben Blatte der sorgenschweren und schicksalsvollen Gestaltungen steht auch die Erneuerung des wirthschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn und die Frage des gesammten Verhältnisses zu der zweiten Reichshälfte geschrieben. Waren der Schwierigkeiten hier schon so wie so genug vorhanden, so sind sie noch bedeutend vermehrt worden durch den Zwischenfall anläßlich der Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand nach Petersburg und dessen Behandlung im ungarischen Reichstage. Es handelt sich, wie hier nochmals des Verständnisses halber kurz erwähnt sein mag, um die Wahl eines ungarischen Ehrenkavaliers für das Gefolge des Erzherzogs, der sich dazu gerade den Führer der klerikalen Oppositionspartei Graf Zichy auserkoren hatte. Gegen diese Wahl erhob die ungarische Regierung Einspruch und die Folge war, daß der Erzherzog kurzer Hand auf einen ungarischen Begleiter überhaupt verzichtete. Der Eindruck, den die peinliche Angelegenheit auf die öffentliche Meinung in Ungarn, soweit sie von der herrschenden liberalen Partei gebildet wird, machte, trat in der Parlamentsverhandlung über den Fall mit unerwünschter Deutlichkeit zu Tage. Ein dem gemäßigten Flügel der Volkspartei angehöriger Abgeordneter erging sich in sehr scharfen persönlichen Ausfällen gegen den Erzherzog, in dessen Verhalten bei der Petersburger Reise er einen Beweis „feindseliger Gefühle gegen Ungarn" erblicken zu müssen erklärte. Man müsse den Thronfolger über die ungarischen Gesetze, die er nicht kenne, belehren und ihn zu ihrer Nachachtung zwingen. Im weiteren Verlaufe seiner stark gepfefferten Ausführungen, die ihm schließlich einen Ordnungsruf zuzogen, verstieg sich der Redner sogar zu einer Drohung mit den „Schwertern Ungarns" für den Fall einer „Beleidigung der Nation" und forderte durch diese Aeußerung demonstrativen minutenlangen Beifall heraus. Der Ministerpräsident v. Szell erklärte, die Sache sei ihm zuerst gleichgiltig gewesen; als aber der Thronfolger seine Wahl auf den Grafen Zichy haben fallen lassen, habe die ungarische Regierung einschreiten müssen, da eine solche Begleitung im Lande allgemein als Stellungnahme zu Gunsten des Klerikalismus aufgefaßt worden wäre. Herr v. Szell betonte, daß der König den Vorstellungen der ungarischen Regierung sofort mit der größten Bereitwilligkeit entsprochen habe, und suchte der ganzen Erörterung dadurch einen etwas harmonischeren Abschluß zu geben, daß er den persönlichen Vorzügen des Erzherzogs volle Gerechtigkeit widerfahren ließ. Immerhin ist aber doch bei den heißblütigen Magyaren ein Stimmungsniederschlag von der Affaire zurückgeblieben, der wohl dazu beitragen dürfte, die heikle Stellung des österreichischen Kabinetschefs gegenüber Ungarn noch weiter zu verschlechtern und ihn ganz zwischen Thür und Angel zu pressen. Um so rückhaltloser wird man freilich auch Herrn v. Koerber das Zeugniß eines umsichtigen und gewandten praktischen Politikers ausstellen müssen, wenn es ihm gelingt, aller Schwierigkeiten Herr zu werden und den schon lange nicht mehr funktionirenden Hebel auszulösen, der das Räderwerk des österreichisch-ungarischen Staatsmechanismus auf den normalen Gang einstellt.

Neueste Drahtmeldungen vom 17. Februar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Das Haus ist wieder sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht der Militäretat. — Abg. Lenzmann (freis. Volksp.) begründet seine dazu eingebrachte Resolution, die Regierung zu ersuchen, mit allen disziplinaren und gesetzlichen Mitteln dem auch in den Kreisen der Offiziere des stehenden Heeres und der Reserve immer weiter um sich greifenden, mit der Moral und den Strafgesetzen in Widerspruch stehenden Duellunwesen entgegen zu wirken. Seine Resolution unterscheidet sich von den Anträgen Gröber's und Schrader's dadurch, daß sie gegenüber dem Duellunwesen gerade in der Armee auch Disziplinarmittel zur Anwendung gebracht wissen wolle. Selbst wenn seit dem letzten kaiserlichen Erlasse die Offiziersduelle abgenommen hätten, so müsse schon ein einziger himmelschreiender Fall, wie der Insterburger, genügen, um ein noch entschiedeneres Einschreiten gegen das Duellunwesen in der Armee zu veranlassen. Er verstehe allerdings, daß unter Umständen, wie im Falle Pennigsen-Falkenhagen Jemand aus berechtigtem Hasse seinen Gegner zu vernichten suche, aber dann müsse er aber auch die Ausstoßung aus dem Heere in Kauf nehmen. Jeder sich duellirende Offizier müsse wegen Ungehorsams gegen das Duellverbot entlassen werden. Natürlich dürfe er nicht hinterher wieder auf dem Wege der Gnade in die Armee oder unter die Reserveoffiziere aufgenommen werden. — Abg. Bachem (Centr.): Bei der Begründung der Resolution war es zweifelhaft, ob Herr Lenzmann das Duell absolut verboten wissen wolle oder nicht. Wenn Herr Lenzmann es versteht, daß Jemand unter Umständen aus berechtigtem Hasse seinen Gegner vernichten will, so giebt er doch das Duell im Prinzip als berechtigt zu. (Sehr richtig! im Centrum.) Meine Freunde werden für die Resolution Lenzmann's stimmen, ohne sich die Vertheidigung derselben durch den Antragsteller zu Eigen zu machen. Wir wollen eben vollständige Ausrottung des Duells, und wollen dabei nichts dem subjektiven Ermessen überlassen. Redner verlangt ferner, daß bei Anlegung von Exerzierplätzen die enteigneten Grundbesitzer nicht blos mit Geld entschädigt, sondern mit Grundbesitz an anderer Stelle, damit ihre Existenz gesichert bleibe, wenn auch auf einer anderen Scholle. Weiter sei eine Erhöhung der Entschädigung für die Einquartierungslasten, sowie eine bessere Vertheilung dieser Lasten dringend nothwendig. Redner beschwert sich über ein Vorkommniß in Köln, wo ein Hauptmann v. Marschall katholischen Soldaten gesagt habe, sie sollten mit Jesuiten nicht verkehren; denn dies seien Feinde des Vaterlandes. Diese Jesuiten seien die ehrenwerthesten Leute, gegen die nur die böswilligste Verleumdung seit 30 Jahren durch die Welt ging. — Kriegsminister v. Goßler: Ueber die Einquartierungslasten bezw. Reform des Service sind Erhebungen schon im Gange. In Bezug auf den Hauptmann v. Marschall liege die Sache doch etwas anders. Es handle sich um eine Belehrung über militärische Pflicht. Religionshaß ist nicht gepredigt worden, der Hauptmann v. Marschall hat nur gesagt, so lange die Jesuiten nicht in Deutschland zugelassen seien, dürften die Soldaten sich an Ehrungen der Jesuiten nicht betheiligen. Das Generalkommando hat dem Hauptmann allerdings gesagt, auch dieser Passus hätte wegbleiben können. — Abg. Bebel (Soz.): Was hier den Jesuiten passirt ist, das passirt immer den Sozialdemokraten seit Jahrzehnten; man muß sich nur wundern, daß überhaupt noch Sozialdemokraten in die Armee aufgenommen werden, man sollte sie doch ganz vom Militärdienst freilassen. Zu Truppenübungsplätzen sollte man, anstatt so viele Bauern zu expropriiren, lieber Staatsdomänen benutzen. Aus welchen Mitteln wird der im Etat nicht vorgesehene Barackenbau bei Wreschen bestritten? Redner kommt dann auf den Fall des Reservehauptmanns Luthmer, der bei einer Uebung bei Hagenau durch das Versehen eines Leutnants Diehm blind geschossen wurde; Letzterer sei auffallend mild bestraft worden. Auch Meineide seien, nach einer von Luthmer verfaßten Broschüre, dabei vorgekommen. Von der Duellresolution Lenzmann versprechen er sich nichts. So lange der oberste Kriegsherr nicht geneigt sei, das Duell ernstlich zu verbieten, werde dasselbe nicht aufhören. Der Anlaß zu solchen Duellen liege meist in Trunkenheits-Excessen. Wie seien solche Excesse bei Offizieren möglich und zu dulden, während doch bei gemeinen Soldaten die Trunkenheit stets als strafschärfend gelte. Im Gegensatz dazu sei Herrn Hollmann-Flensburg von dem Kriegsgericht in Kiel die Trunkenheit als strafmildernd angerechnet worden. Mißhandlungen und Rohheiten hätten in der Armee in letzter Zeit wieder zugenommen. Vorgesetzte, die sich solcher schuldig machten, würden so milde wie nur möglich bestraft, daraus erklärten sich auch die vielen Selbstmorde von Untergebenen, sowie die Desertionen. Eine 1897 erschienene Schrift eines bayerischen Obersten rechnet seit 1870 pro Jahr 400 Anmeldungen Deutscher zur französischen Fremdenlegion. Weiter wendet sich Redner gegen den vielen bloßen Gamaschendienst, das Putzen